



**FORUMRECHT – Autor\_innenaufruf**  
für das Heft 02/13 mit dem Themenschwerpunkt

## „EUROPA“

**Redaktionsschluss:** 25.01.2013

**Ansprechpartnerin:** Cara Röhner ([europa@forum-recht-online.de](mailto:europa@forum-recht-online.de))

Liebe Autor\_innen, liebe Leser\_innen,

seit dem letzten Europaheft 2004 ist viel passiert: Die Europäische Union (EU) ist um einige Mitgliedsstaaten angewachsen, der Vertrag von Lissabon wurde verabschiedet, es gibt die europäische Grundrechtecharta und die erste gemeinsame Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik wurde benannt. Die europäische Integration schreitet immer weiter voran und die EU wandelt sich sukzessive zu einem quasi-staatlichen Komplex.

Dabei bleibt die EU ein widersprüchliches Gebilde. Sie wird einerseits als friedensstiftendes, den Nationalismus überwindendes Projekt des gesellschaftlichen Fortschritts gedeutet. Andererseits wird sie als die kapitalistische Vergesellschaftung vertiefender Herrschaftszusammenhang kritisiert, der einem solidarischen Europa entgegensteht. Dieser widersprüchlichen europäischen Gegenwart wollen wir uns im kommenden Heft widmen.

Im ökonomischen Bereich bedeutet europäische Integration oft die Forcierung neoliberaler Politiken. Diese reichen von der Empfehlung der Rente mit 67, über Deregulierung von Sozialstandards im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie oder der Aufweichung von Gentechnikverboten in Lebensmitteln bis hin zur Einschränkung kollektiver Arbeitskämpfmaßnahmen zugunsten wirtschaftlicher Grundfreiheiten durch den EuGH. Besonders deutlich zeigt sich der neoliberale Charakter Europas in den Bewältigungsversuchen der „Eurokrise“, im Zuge derer technokratische Reformprozesse und strenge Austeritätspolitiken die „rationale“ Umstrukturierung einzelner Mitgliedsstaaten sicherstellen sollen. Hierbei werden demokratische Institutionen zunehmend infrage gestellt und soziale Proteste irrationalisiert.

Doch gleichzeitig bietet Europa eine immer stärker ausgebaute Rechtsposition für Unionsbürger\_innen. So wurde z.B. das Antidiskriminierungsrecht durch harmonisierende Richtlinien und die Rechtsprechung des EuGH gestärkt, der gemeinsame Binnenmarkt garantiert Freizügigkeit innerhalb der gesamten Union und aus der Unionsbürger\_innenschaft werden soziale Ansprüche gegenüber anderen Mitgliedsstaaten als dem eigenen oder Aufenthaltsrechte für Drittstaatler-Eltern von minderjährigen Unionsbürger\_innen abgeleitet.

Dennoch stärkt Europa nur die Rechtsposition bestimmter Rechtssubjekte. Durch die Gründung der gemeinsamen Grenzschutzagentur Frontex und sog. Push-Back-

Abkommen mit den nordafrikanischen Staaten versucht die EU unkontrollierte Migration aus dem Globalen Süden zu verhindern. Sie möchte allein hochqualifizierte Arbeitnehmer\_innen zur Deckung des innereuropäischen Bedarfs nach Humankapital anwerben. Diese Politik wird täglich durch widerständige Migrant\_innen infrage gestellt, indem diese die europäischen Außengrenzen überqueren. Damit stellt sich die Frage, was für ein Europa durch das europäische Grenzregime konstituiert wird und wer dazu gehören darf. Wer bestimmt über die Grenzen Europas?

Diese Fragen verweisen auf rechtstheoretische Debatten, die sich mit der Staatsqualität und demokratischen Legitimation Europas auseinandersetzen. Wie lässt sich Europa rechtstheoretisch rekonstruieren und welche normativen Legitimationsprozesse können ausgehend von verschiedenen theoretischen Ansätze gefordert werden?

In diesen Spannungsfeldern können sich mögliche Themen für das Europaheft bewegen:

- Wie gestaltet sich die Beziehung zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof? Welche Rolle spielen diese Gerichte für die Europäische Integration und wie ist diese aus demokratiethereoretischer/rechtstheoretischer Sicht zu bewerten?
- Wie lässt sich Europa herrschaftstheoretisch angemessen rekonstruieren?
- Welche rechtlichen Entwicklungen sind durch die Unionsbürger\_innenschaft und die europäischen Grundrechte angestoßen worden? Tragen diese zu einem sozialeren Europa bei?
- Wie gestalten sich die Richtlinien und die EuGH-Rechtsprechung zum Antidiskriminierungsrecht?
- Was bedeutet der arabische Frühling für die europäische Flüchtlingspolitik?
- Welche Bedeutung kommt der Grenzschutzagentur Frontex zu?
- Wie gestaltet sich das europäische Grenzregime durch die zahlreichen EU-Regelungen (Blue-Card, Dublin-II)? Welche Zukunft hat der Schengen-Raum?
- Was genau bedeuten die verschiedenen „Rettungspakete“ im Zuge der „Eurokrise“ für die europäische Integration und für die Mitgliedsstaaten?
- Vertieft sich die europäische Integration im Kontext der gegenwärtigen „Krise“ oder führt sie vielmehr zur einer Renationalisierung europäischer Politik?
- Das Bundesverfassungsgericht hat mehrmals Urteile zu den deutschen „Rettungspaketen“ gefällt – welche Bedeutung kommt diesen Urteilen rechtspolitisch zu?
- Wie wirkt sich die „Eurokrise“ auf rechtsstaatliche und demokratische Institutionen aus? Wie ist das Verhältnis von Demokratie und europäischer Krise einzuschätzen?

Diese Aufzählungen an Themenideen sind natürlich keineswegs abschließend, sondern sollen euch inspirieren und Anregungen bieten. Wir freuen uns auch immer über eure eigenen Vorschläge. Wir bitten euch aber, damit wir das Heft koordinieren können und es keine Themenüberschneidungen gibt, uns kurz vorab Bescheid zu geben, über welches Thema ihr schreiben wollt. Deshalb schreibt einfach eine Mail an [europa@forum-recht-online.de](mailto:europa@forum-recht-online.de). Wir wollen gerade auch Interessierte zu einer Erstveröffentlichung ermuntern. Redaktionsschluss ist Freitag, der 25.01.2013.

Vielen Dank und solidarische Grüße,

Eure **FORUMRECHT** Redaktion